

Niederschrift

über die 12. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien
am Mittwoch, 07.06.2006, 17:05 Uhr,
Raum 2/1, Stadthaus 2 (11. Etage), Ludgeriplatz 4, 48151 Münster.

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Frau Elfriede Dalla Riva-Hanning in Vertretung von Frau Greefrath, Herr Markus Funk,
Frau Carmen Greefrath bis 17:30 Uhr (TOP 3), Frau Christiane Krüger, Herr Josef Rickfelder

von der SPD-Fraktion

Herr Gerhard Dworok in Vertretung von Herrn Hergt, Frau Maria Anna Hakenes,
Frau Marianne Hopmann

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Frau Jutta Möllers

von den Trägern der freien Jugendhilfe

Herr Stephan Degen, Herr Prof. Dr. Martin Heidrich, Frau Jutta Lebkücher, Herr Ulrich Messing,
Herr Alexander Schmidt, Herr Wilfried Stein

beratende Mitglieder

Frau Gerda Benien, Herr Stephan Bommers in Vertretung von Herrn Schönfelder, Herr Dr.
Thomas Gahlen, Herr Manfred Hardt in Vertretung von Herrn Selig, Frau Beate Heeg, Frau
Lisa Hester, Herr Ismet Keles in Vertretung von Herrn Marinos, Frau Dr. Agnes Klein, Frau
Astrid-Maria Kreyerhoff in Vertretung von Herrn Tantow, Frau Gabriele Markerth, Frau Dr.
Karin Obst, Frau Anna Pohl, Herr Jörg Siegel, Frau Rita Tücking, Herr Norbert Weitz bis
19:10 Uhr (TOP 11), Herr Dietmar Wiese

von der Verwaltung

Herr Tilman Fuchs, Herr Felix Graf von Plettenberg, Herr Chris Hagel, Frau Birgit Herdes, Frau
Sibylle Kratz-Trutti, Herr Karl Materla, Frau Heidemarie Neumair-Otto, Herr Bernhard Paschert,
Herr Frank Philipp, Herr Wolfgang Schoor, Herr Heiner Vogt

für die Schriftführung

Herr Heinz Lembeck

es fehlten entschuldigt

Frau Eva-Maria Bähren, Herr Frank Beckmann, Herr Rolf Grieskamp, Herr Adrian Hergt,
Herr Spyridon-Paul Marinos, Herr Karl-Heinz Neubert, Herr Dieter Schönfelder, Herr Lutz Selig,
Herr Klaus Tantow

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die Sitzung (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien am 23.11.2005

Tagesordnung:

1. Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeiterinnen oder -mitarbeitern erforderlich ist
2. Eingegangene Anträge und Eingaben
3. Berichte und Mitteilungen
4. Anfragen von Ausschussmitgliedern
- V/0326/2006
V 5. Geschäftsbericht des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien für das Jahr 2005
- V/0284/2006
V 6. Jahresbericht 2005 des Familienbüros
- V/0113/2006
V 7. Förderung des Vereins Zartbitter e. V. aus Mitteln der Stiftung Siverdes
- V/0128/2006
V 8. Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation junger Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler (Privjet III)
- V/0398/2006
V 9. Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen
- V/0405/2006
V 10. Entwicklung der Kindertagesbetreuung in Münster - Ausbau des Platzangebotes für unter dreijährige Kinder: Erweiterung der städt. Kita Coerde Edelbach für die Betreuung unter dreijähriger Kinder - Errichtungsbeschluss - bauliche Erweiterung der Kindertageseinrichtung
- V/0349/2006
V 11. Errichtungsbeschluss - Kinderpädagogische Betreuung und offene Angebote am Feldstiegenkamp Kinderhaus
- V/0423/2006
V 12. Vergabe des Überbrückungsfonds 2006 im Bereich der offenen und mobilen Kinder- und Jugendarbeit
- V/0344/2006
V 13. Geschäftsbericht 2005 des Sozialamtes
- V/0256/2006
V 14. Bericht zur aktuellen Situation im Bereich "Alleinstehende Wohnungslose und Familien in Wohnungsnotsituationen"
- V/0307/2006
V 15. Arbeitsbericht des Gesundheitsamtes 2005
16. Verschiedenes

Der Vorsitzende, Herr Rickfelder, eröffnete um 17:05 Uhr die 12. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien. Er begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Ganz besonders begrüßte der Vorsitzende Frau Greefrath, die - vor wenigen Wochen Mutter geworden - am ersten Teil der Sitzung in Begleitung ihres Sohnes teilnehmen konnte.

Vor Eintritt in die Tagesordnung

- schlug der Vorsitzende vor, den Tagesordnungspunkt 8 „Rolle der Stiftungen in der Bürgergesellschaft“ entsprechend der in der Stiftungskommission getroffenen Regelung zu vertagen. Dazu lag eine Schnellmeldung aus der Sitzung der Stiftungskommission vom 06.06.2006 als Tischvorlage (Anlage 1) vor. Dem Vorschlag wurde einvernehmlich gefolgt.
- regte Frau Möllers auf Grund der zahlreichen Zuschauer an, die Tagesordnung um einen Punkt zum Thema der so genannten Halbtagsgruppen zur Kindertagesbetreuung zu erweitern. Grundlage der Diskussion sollte eine Eingabe betroffener Eltern sein, die der Verwaltung jedoch nicht vorlag.

Frau Pohl erläuterte zunächst den Sachzusammenhang. Unabhängig von perspektivischen Überlegungen der Gruppen, sich etwa im Rahmen des städtischen u3-Programms umzustrukturieren, zeichne sich ab Mitte des kommenden Jahres ein Problem ab, die bisherige Personalausstattung der Betreuungsgruppen zu halten. Über viele Jahre konnte diese im Rahmen des Programms „Arbeit statt Sozialhilfe“ abgesichert werden. Nachdem dies Programm im Zuge der Hartz-IV-Regelungen aber entfiel, sei es bislang nur gelungen, über die Arbeitsgemeinschaft Münster eine vorübergehende Lösung zu finden, die jedoch in etwa einem Jahr auslaufe. Hierzu könne noch keine dauerhafte Lösung angeboten werden.

Nachdem der Vorsitzende feststellte, dass das Thema für den Ausschuss wichtig sei, schlug er vor, dass die Verwaltung den Sachverhalt zur nächsten Sitzung des Ausschusses aufbereitet. Dem Vorschlag folgte der Ausschuss einvernehmlich.

- begrüßte der Vorsitzende Herrn Stephan Bommers, der als neuer stellvertretender Sprecher der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII - AG 2 „Kinder- und Jugendarbeit“ stellvertretendes beratendes Mitglied des Ausschusses wurde. Der Vorsitzende verpflichtete Herrn Bommers.
- informierte Herr Rickfelder darüber, dass als Tischvorlagen von der Verwaltung verteilt wurden:
 - > ein Schreiben an die Teilnehmerinnen der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII - AG 6 „Hilfen zur Erziehung“ und die Geschäftsführer/innen der Wohlfahrtsverbände zum Antrag der Arbeitsgemeinschaft vom 28.04.2006,
 - > eine Ergänzungsvorlage zur Vorlage V/0398/2006 „Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen“,
 - > die Vorlage V/0433/2006 „Förderung der Beschäftigung schwer behinderter Menschen und Förderung der Ausbildung behinderter und schwer behinderter Jugendlicher“,
 - > eine Schnellmeldung aus der Sitzung der Stiftungskommission vom 06.06.2006, die Vorlage V/0370/2006 „Rolle der Stiftungen“ auf die nächste Sitzung zu verschieben (Anlage 1) und
 - > Änderungsanträge der Fraktionen der CDU und der FDP zu den Vorlagen:
 - o V/0349/2006 „Kinderpädagogische Betreuung und offene Angebote am Feldstiegenkamp Kinderhaus“ (Anlage 2) und
 - o V/0423/2006 „Vergabe des Überbrückungsfonds 2006 im Bereich der offenen und mobilen Kinder- und Jugendarbeit“ (Anlage 3).

Punkt 1 der Tagesordnung**Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeiterinnen oder -mitarbeitern erforderlich ist**

Durch Abfrage wurde geklärt, dass für alle Punkte der Tagesordnung die Vertretung durch die Verwaltung sichergestellt war.

Punkt 2 der Tagesordnung**Eingegangene Anträge und Eingaben**

Herr Rickfelder verwies auf den zur letzten Sitzung vorgelegten Antrag der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII - AG 6 „Hilfen zur Erziehung“, zukünftig Informationen zeitnah zu erhalten, wenn im Rahmen der Haushaltskonsolidierung 2006 Einsparungen und Kürzungen vorgesehen/entschieden werden, die die Fördermittel für freie Träger in der Jugend- und Erziehungshilfe betreffen.

Frau Pohl nahm zu dem Antrag Stellung. Sie verwies darauf, dass es um ein aus Sicht der Verwaltung berechtigtes Anliegen der AG 6 „Hilfen zur Erziehung“ gehe. Daher habe die Verwaltung in insgesamt 6 Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft einzelne Maßnahmen im Rahmen der Konsolidierungsüberlegungen vorgestellt, davon in 2 Sitzungen unter Beteiligung der Amtsleitung. Einschränkend gestand Frau Pohl zu, dass die Zeit für die Vorstellung und Beratung der Vorlage zum Controlling im Bereich der Hilfen zur Erziehung dabei auf Grund der Sommerferien sicher knapp bemessen gewesen sei.

Ferner erläuterte Frau Pohl die zwei Treffen des Gesprächskreises mit den Heimleitern in Münster sowie die insgesamt 14 Termine mit dem Qualitätszirkel zur Hilfeform Sozialpädagogische Familienhilfe, in denen die Kürzungen bzw. Budgetierungen sehr ausführlich erörtert werden konnten. Schließlich hätten auch verschiedene Einzelgespräche mit den Trägern der Hilfen zur Erziehung aus Münster stattgefunden, vor allem um mit den konkret Betroffenen Art und Auswirkungen der vorgesehenen Maßnahmen im Detail zu besprechen.

Mit allen aufgeführten Abstimmungen sei - so Frau Pohl - aus Sicht der Verwaltung eine ausreichende Information der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII - AG 6 „Hilfen zur Erziehung“ gewährleistet gewesen. Sicher sei der Informationswunsch der Arbeitsgemeinschaft berechtigt und groß. Bei den Gesamtvorgaben für die Kinder- und Jugendhilfe, die im Rahmen der stadtweiten Konsolidierungsbemühungen von der Finanzverwaltung gestellt würden, sei es jedoch schwierig, auch berechtigte Informationsbedarfe immer zeitnah und umfassend zu berücksichtigen. Trotz aller entsprechenden Anforderungen werde die Verwaltung auch künftig eine intensive Information und Beteiligung der Arbeitsgemeinschaft im Rahmen des Möglichen sicherstellen.

Punkt 3 der Tagesordnung**Berichte und Mitteilungen**

Frau Dr. Klein berichtete:

- 3.1. Zu einer Anregung der Unabhängigen Wählergemeinschaft für Münster (UWG MS) in der Bezirksvertretung Münster-Mitte, auf den vorhandenen Kinderbriefkasten deutlich hinzuweisen:

Die UWG MS hatte in der Bezirksvertretung Münster-Mitte angeregt, auf den nach wie vor vorhandenen Kinderbriefkasten am Stadthaus 1 deutlich hinzuweisen. Es müsse deutlich

gesagt werden, dass die Anregung völlig berechtigt und die derzeitige Lösung sehr unglücklich sei. Der Briefkasten sei ohne zusätzliche Hinweise praktisch nicht zu erkennen.

Der alte bunte Kinderbriefkasten, der im Eingangsbereich des Stadthauses 1 gestanden habe und im Rahmen der Neugestaltung des Haupteinganges demontiert worden sei, solle im Bereich des Maxi-Turms zusätzlich wiederaufgestellt werden, da sich dort die meisten Kinder aufhielten.

3.2. Über Gespräche mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW zur Erweiterung der Eingangsvoraussetzungen und zu einer zusätzlichen sozialpädagogischen Betreuung für das Werkstattjahr:

Im Zusammenhang mit der Beratung der Vorlage V/0085/2006 „Stadtteilwerkstatt West - Zweigstelle der Stadtteilwerkstatt Nord“ hatte der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien in seiner Sitzung am 08.03.2006 u. a. beschlossen, dass die Stadt Münster mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW Gespräche führen solle mit dem Ziel,

- die Eingangsvoraussetzungen für das Werkstattjahr dahingehend zu erweitern, dass auch nicht mehr berufsschulpflichtige Jugendliche an diesen Maßnahmen teilnehmen können und
- wie im Hearing vom 08.02.2006 im Landtag NRW von vielen Beteiligten gefordert, eine zusätzliche sozialpädagogische Betreuung im Werkstattjahr zu verankern.

Über die Ergebnisse dieser Gespräche sollte die Verwaltung zeitnah Bericht erstatten. Kontakte mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales bestünden. Es zeichne sich ab, dass eine entsprechende sozialpädagogische Betreuung finanziert werden könne. Ein Gesprächstermin mit Vertretern des Ministeriums solle dazu noch in den ersten drei Wochen des Monats Juni stattfinden.

3.3. Zur Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren:

Das Land habe entschieden, dass drei Kindertageseinrichtungen aus Münster im Rahmen des Landeswettbewerbs zu Familienzentren weiter entwickelt werden können. Im Rahmen des Wettbewerbs „Familienzentren“ wurden insgesamt acht Bewerbungen aus dem Jugendamtsbezirk Münster eingereicht. Die Verwaltung werde versuchen, mit den nicht berücksichtigten Trägern Gespräche zu führen, um zu prüfen, wie sei mit in den Prozess eingebunden werden könnten.

Es wurde vereinbart, das entsprechende Schreiben des zuständigen Ministers des Landes Nordrhein-Westfalen vom 26.05.2006 dieser Niederschrift beizufügen (Anlage 4).

3.4. Über den Stand der Vorlage V/0026/2006 „Leistungsvereinbarungen in der Kinder- und Jugendhilfe“:

Die Fraktionen der CDU und der FDP hatten am 08.09.2005 einen Antrag zu „Leistungsvereinbarungen für alle Bereiche des KJHG“ vorgelegt. Auf der Grundlage dieses Antrags habe die Verwaltung eine Verfahrensvorlage erstellt, die der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien in seiner Sitzung am 31.01.2006 beraten und beschlossen habe.

Diese Vorlage habe der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 17.05.2006 ohne Beschlussfassung geschoben. Sie solle erst dann wieder auf die Tagesordnung genommen werden, wenn die Rahmenbedingungen der anstehenden Konsolidierung feststünden. Über den weiteren Verlauf werde der Ausschuss informiert.

Frau Pohl berichtete:

3.5. Zum Jungentag und Girls' Day:

Am 27. April habe zum fünften Mal in Münster der „Girls' Day“ stattgefunden. Premiere habe dagegen der „Jungentag“ gehabt, der zum ersten Mal vom Amt für Kinder, Jugendliche und Familien gemeinsam mit dem Arbeitskreis Jungenarbeit organisiert worden sei.

Am Jungentag beteiligten sich insgesamt 400 Schüler der 6. Klassen. In 14 Kinder- und Jugendeinrichtungen der öffentlichen und freien Träger lernten die Jungen Formen der Berufs- und Lebensplanung kennen und konnten sich intensiv damit auseinandersetzen. Aufgrund der positiven Rückmeldungen von Trägern und Jugendlichen solle der Jungentag parallel zum „Girls' Day“ weiterentwickelt und auch im nächsten Jahr wieder durchgeführt werden.

3.6. Zum Handlungsprogramm Osthuesheide:

Am Tag vor der Sitzung habe sich der runde Tisch zum Handlungsprogramm Osthuesheide wieder getroffen. Dabei seien alle Beteiligten vertreten gewesen. Die vereinbarten Maßnahmen seien bilanziert worden. Die Lage habe sich nach Auffassung der Anwesenden normalisiert, die Maßnahmen seien daher als erfolgreich angesehen worden. Vereinbart wurde, die wichtigsten Angebote aus dem Handlungsprogramm zu erhalten. Der Bilanzbericht zum Handlungsprogramm Osthuesheide werde den Mitgliedern des Ausschusses zugeleitet.

3.7. Zur Alkoholpräventionskampagne Voll ist out:

Im Rahmen der Kampagne sei mit Blick auf die zur Fußballweltmeisterschaft geplanten Open-Air-Veranstaltungen eine Intensivierung der Präventionsarbeit vorgesehen. So solle ein Video-Clip vor den Übertragungen für das Thema sensibilisieren. Der Video-Clip wurde den Ausschussmitgliedern vorgeführt.

Punkt 4 der Tagesordnung

Anfragen von Ausschussmitgliedern

Zum Tagesordnungspunkt lag eine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL vom 29.05.2006 u. a. zu Maßnahmen nach § 30 SGB VIII (Erziehungsbeistand, Betreuungshelfer) vor, die den Ausschussmitgliedern im Vorfeld der Sitzung zugeleitet worden war. Grundsätzlich erläuterte Frau Pohl dazu zunächst das Verfahren, in dem die Einzelbausteine des Rahmenkonzepts der Hilfen zur Erziehung mit den freien Trägern bislang entwickelt wurden.

Es wurde vereinbart, die von Frau Pohl vorgetragene Antwort aufbereitet dieser Niederschrift beizufügen (Anlage 5).

Punkt 5 der Tagesordnung V/0326/2006

Geschäftsbericht des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien für das Jahr 2005

Der Vorsitzende führte in den Tagesordnungspunkt ein und dankte der Verwaltung für ihre umfangreiche und hilfreiche Arbeit. Die Verwaltung beantwortete einige Detailfragen zum Bericht.

Der Ausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/0284/2006**
Jahresbericht 2005 des Familienbüros

Zum Bericht wurden verschiedene Fragen gestellt, die von der Verwaltung im Einzelnen beantwortet wurden.

Anschließend nahm der Ausschuss den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 7 der Tagesordnung
V/0113/2006**
**Förderung des Vereins Zartbitter e. V. aus Mitteln
der Stiftung Siverdes**

Frau Dr. Obst beantragte für die Fraktionen der CDU und der FDP, den Beschlussvorschlag der Vorlage wie folgt zu ändern:

„Sachentscheidung:

Die Stiftung Siverdes wird beauftragt, dem Verein Zartbitter e. V. für den Erhalt der Männer-, Jungen- und Präventionsarbeit und für den Erhalt des Leistungsangebotes auf der Grundlage der Leistungsvereinbarung mit der Stadt Münster, einen pauschalen Zuschuss in Höhe von 20.000 € jährlich für zwei Jahre (rückwirkend ab dem 01.01.2006) zu gewähren.

Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Stiftung Siverdes Kosten in einer Gesamthöhe von 40.000 € entstehen.

Finanzierung/Mittelbereitstellung

	Wirtschaftsjahr 2006 (Nachtrag)	Wirtschaftsjahr 2007
Stiftung Siverdes	20.000 €	20.000 €
Gesamtkosten	40.000 €	

Befristung:

01.01.2006 bis 31.12.2007.“

Frau Dr. Obst begründete den Antrag. Daran schloss sich eine kurze Aussprache an, in der Bedenken gegen den Antrag geäußert und erläutert wurden.

Der Vorsitzende ließ über den von Frau Dr. Obst für die Fraktionen der CDU und der FDP gestellten Antrag abstimmen. Er wurde bei 7 Für-Stimmen bei 6 Gegen-Stimmen angenommen.

Anschließend beschloss der Ausschuss mit 7 Für-Stimmen bei 5 Gegen-Stimmen und einer Enthaltung, dem Rat die Annahme des folgenden geänderten Beschlussvorschlags zu empfehlen:

„Sachentscheidung:

Die Stiftung Siverdes wird beauftragt, dem Verein Zartbitter e. V. für den Erhalt der Männer-, Jungen- und Präventionsarbeit und für den Erhalt des Leistungsangebotes auf der Grundlage der Leistungsvereinbarung mit der Stadt Münster, einen pauschalen Zuschuss in Höhe von 20.000 € jährlich für zwei Jahre (rückwirkend ab dem 01.01.2006) zu gewähren.

Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Stiftung Siverdes Kosten in einer Gesamthöhe von 40.000 € entstehen.

Finanzierung/Mittelbereitstellung

	Wirtschaftsjahr 2006 (Nachtrag)	Wirtschaftsjahr 2007
Stiftung Siverdes	20.000 €	20.000 €
Gesamtkosten	40.000 €	

Befristung:

01.01.2006 bis 31.12.2007.“

**Punkt 8 der Tagesordnung
V/0128/2006**

**Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation
junger Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler
(Privjet III)**

Herr Funk stellte für die weitere Beratung der Vorlage in den Gremien noch einen Änderungsantrag der CDU-Fraktion in Aussicht.

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags zu empfehlen:

„Sachentscheidung:

Der 2003 beschlossene Maßnahmenkatalog zur Verbesserung der Lebenssituation junger Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler wird mit den Maßnahmen des Projektes Privjet III sowohl im Stadtteil Hilstrup, in den Jugendzentren Lorenz-Süd und Fachwerk Gievenbeck als auch in der Fürstenbergschule bis Mitte 2009 fortgeführt.

Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass Gesamtkosten in Höhe von 222.000 € bei der Stiftung Siverdes entstehen.

Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

	2006	2007	2008	2009	Gesamt
Stiftung Siverdes	37.000 €	74.000 €	74.000 €	37.000 €	222.000 €

Befristung

01.07.2006 bis 30.06.2009“

**Punkt 9 der Tagesordnung
V/0398/2006**

**Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen für die
Förderung von Kindern in Kindertages-
einrichtungen**

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass zu der Vorlage eine Ergänzungsvorlage erstellt wurde, die als Tischvorlage vorlag.

Die Änderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK), die Anlass für die vorgeschlagene Regelung zu den Elternbeiträgen war, sei inzwischen im Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlicht. Daher konnten die sich daraus ergebenden Daten noch während des Beratungsverfahrens in die zur Beschlussfassung vorgelegte Satzung (Anlage zur Vorlage) eingearbeitet werden. Dies wurde mit der Ergänzungsvorlage formell umgesetzt.

Frau Dr. Klein erläuterte den Anlass der Vorlage. Sie sei nötig, da mit einer Änderung des GTK Mitte des Jahres die bisherige Ermächtigungsgrundlage für die Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch von Kindertageseinrichtungen entfalle.

Durch die geplanten Änderungen der landesrechtlichen Vorschriften seien beträchtliche Einnahmeausfälle zu erwarten, für die noch unklar sei, ob und ggf. wie sie aufgefangen werden könnten. Hinzu komme, dass vom Land in Kürze eine wesentliche Überarbeitung des GTK erwartet werde. Dazu werde auf Ebene der kommunalen Spitzenverbände das Ziel verfolgt, Eltern eine doppelte Diskussion über Höhe und Gestaltung von Elternbeiträgen zu ersparen.

Daher werde nun mit der vorgeschlagenen Lösung zunächst als Übergangsregelung der Status quo festgeschrieben, um nach der Sommerpause eine umfassende Darstellung des Betreuungssystems und dessen Finanzierung vorzulegen.

Nach einer kurzen Aussprache beschloss der Ausschuss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages entsprechend der Ergänzungsvorlage zu empfehlen:

„Sachentscheidung:

1. Der Rat beschließt die als Anlage beigefügte Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit Inkrafttreten neuer gesetzlicher Vorgaben durch das Land Nordrhein-Westfalen weitere kommunale Beschlüsse vorzubereiten.

Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass durch die Erhebung von Elternbeiträgen nach der vorgeschlagenen Satzung lediglich Einnahmen in bisher veranschlagter Höhe erzielt werden. Wenn das Land Nordrhein-Westfalen - wie erwartet - eine Verringerung der Leistung zum Betrieb von Kindertageseinrichtungen beschließt, sind Mehraufwendungen für die Stadt Münster zu erwarten, die zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beziffert werden können.

Finanzierung/Mittelbereitstellung

HHSt 4640.115.0500.2 Elternbeiträge, U 3 Programm
HHSt 4640.115.0000.9 Elternbeiträge für GTK-Tageseinrichtungen“

**Punkt 10 der Tagesordnung
V/0405/2006**

**Entwicklung der Kindertagesbetreuung in Münster
- Ausbau des Platzangebotes für unter dreijährige
Kinder:
Erweiterung der städt. Kita Coerde Edelbach für
die Betreuung unter dreijähriger Kinder - Errich-
tungsbeschluss - bauliche Erweiterung der
Kindertageseinrichtung**

Nach einigen Fragen, die von der Verwaltung beantwortet wurden, beschloss der Ausschuss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags zu empfehlen:

„Sachentscheidung:

1. Der Rat der Stadt Münster stimmt der räumlichen Erweiterung der städt. Kindertageseinrichtung Coerde - Am Edelbach und der damit verbundenen Umstrukturierung einer Regelkindergartengruppe in eine Kleinkindgruppe (mit Über-Mittag-Betreuung) zur Betreuung unter dreijähriger Kinder zu (Anlage: Bauliche Erweiterung).
2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Ausbauplanung zu entwickeln, die den aktuellen Planungs- und Ausführungsstandards der Stadt Münster entspricht, einen wirtschaftlichen Betrieb ermöglicht und eine höchstmögliche Flexibilität in der Nutzung (auch für spätere Zwecke) bietet. Auf dieser Basis sind die Zustimmung zur Planung mit Kostenschätzung und der Baubeschluss mit Kostenvoranschlag herbeizuführen. Das voraussichtliche Kostenvolumen liegt bei rd. 100.000 €.
3. Zur Betreuung der unter dreijährigen Kinder ist entsprechend der Module im Rahmen einer Kleinkindgruppe ein anderer Personalschlüssel mit zusätzlichen Kräften im folgenden Umfang notwendig:
 - 1 Erzieherin (26,5 Std.), Entgeltgruppe 6 - Kosten ca. 29.000 €
 - 1 Ergänzungskraft (4,0 Std.), Entgeltgruppe 3 - Kosten ca. 3.600 €
 Die o.g. erforderlichen Stellen werden im städt. Stellenplan 2007ff eingerichtet und mit einem „kw“-Vermerk-2010 versehen. Die Abdeckung der entstehenden Personalkosten erfolgt aus den für das u3-Ausbauprogramm bereitgestellten Mittel (Hhst. 4640.718.0500.7)
4. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die bauliche Erweiterung bezüglich der Bau- und Einrichtungskosten ohne Landesmittel finanziert werden muss. Bezüglich der Betriebskosten erfolgt die Finanzierung aus dem u3-Programm. Die freiwerdende Landesförderung für die umstrukturierte Regelkindergartengruppe kann verlagert werden und für eine Kindertagesgruppe in Anspruch genommen werden, die bisher keine Landesförderung erhält.

Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass für die bauliche Erweiterung der Kita Coerde Edelbach einmalige Bau- und Einrichtungskosten in Höhe von rd. 100.000 € entstehen. Die konkreten Kosten werden im Rahmen der Ausbauplanung ermittelt und im Rahmen der nächsten Beschlussvorlage (Zustimmung zur Planung und Baubeschluss) entschieden.

Betriebsbedingte Mehrkosten entstehen durch das erforderliche zusätzliche Personal (s. Beschlusspunkt 3) in Höhe von voraussichtlich rd. 33.000 €

Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Investive Kosten:

Die Mittel stehen in der Hhst: 4640.940.0700.8 (Bau- und Einrichtungskosten u3-Programm) zur Verfügung.

Betriebskosten:

Die Deckung für die betriebsbedingten zusätzlichen Personalkosten steht in der Hhst. 4640.718.0500.7 (Maßnahmen im Rahmen des u3-Programms) zur Verfügung.“

Punkt 11 der Tagesordnung V/0349/2006	Errichtungsbeschluss - Kinderpädagogische Betreuung und offene Angebote am Feldstiegenkamp Kinderhaus
--	--

Frau Dr. Klein führte in die Vorlage ein und machte deutlich, dass mit dem vorgelegten Konzept aus ihrer Sicht gute Voraussetzungen für eine erfolgreiche kinderpädagogische Betreuung am Feldstiegenkamp Kinderhaus geschaffen würden. Mit Blick auf den als Tischvorlage vorliegenden Änderungsantrag stellte sie dar, dass dessen Anliegen aus Sicht der Verwaltung realistisch sei.

Herr Funk beantragte für die Fraktionen der CDU und der FDP, die Punkte 1 bis 3 des Beschlussvorschlags der Vorlage wie folgt zu ändern:

„Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien möge beschließen:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

- Punkt 1. wie Vorlage
- Punkt 2. wird gestrichen
- Punkt 3. wird gestrichen

Punkt 2 neu:

Zum Planungs- und Baubeschluss für den Erweiterungsbau der Einrichtung Feldstiegenkamp (BauI) sind die entstehenden Kosten in einer detaillierten Aufstellung darzustellen. Der Gesamtbetrag der baulichen Ergänzung sollte sich an einer Zielgröße von 100.000 € orientieren. Die Kostenreduzierung gegenüber dem ursprünglichen Verwaltungsvorschlag kann u. a. durch eine Holzbauweise analog der Holzwerkstatt des BauI erreicht werden.“

In der folgenden Diskussion wurde bestätigt, dass mit der geplanten räumlichen Verbesserung die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Betreuungsarbeit geschaffen würden. Es wurden aber Bedenken gegen den von den Fraktionen der CDU und der FDP gestellten Antrag geltend gemacht, die Investitionsmittel in einem solchen Umfang zu reduzieren.

Für die Verwaltung ergänzte Frau Pohl, dass nach einer erneuten baufachlichen Überprüfung davon auszugehen sei, dass eine Reduzierung der Baukosten möglich sei, ohne dass es zu fachlich nicht vertretbaren Einschränkungen komme. Eine fachliche Grenze sei jedoch überschritten, wenn Kürzungen nur durch den nicht akzeptablen Verzicht auf einen Raum oder z. B. die Toilettenanlagen zu erreichen wären.

Frau Möllers beantragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, die in Punkt 2 des Beschlussvorschlags genannte Summe von 180.000 € auf 115.000 € zu ändern.

Zunächst ließ der Vorsitzende über den von Frau Möllers für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL gestellten Antrag abstimmen. Er wurde bei 6 Für-Stimmen mit 8 Gegen-Stimmen abgelehnt.

Der Vorsitzende stellte den von Herrn Funk eingebrachten Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP zur Abstimmung. Er wurde bei 6 Gegen-Stimmen mit 8 Für-Stimmen angenommen.

Anschließend beschloss der Ausschuss einstimmig bei 6 Enthaltungen, dem Rat die Annahme des folgenden geänderten Beschlussvorschlags zu empfehlen:

„Sachentscheidung:

1. Das pädagogische Konzept der neuen Einrichtung „Kinderpädagogische Förderung und offene Angebote für Kinder am Feldstiegenkamp“ (siehe Anlage 1) wird genehmigt.
2. Zum Planungs- und Baubeschluss für den Erweiterungsbau der Einrichtung Feldstiegenkamp (BauI) sind die entstehenden Kosten in einer detaillierten Aufstellung darzustellen. Der Gesamtbetrag der baulichen Ergänzung sollte sich an einer Zielgröße von 100.000 € orientieren. Die Kostenreduzierung gegenüber dem ursprünglichen Verwaltungsvorschlag kann u. a. durch eine Holzbauweise analog der Holzwerkstatt des BauI erreicht werden.

Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass einmalige Kosten für die bauliche Ergänzung in Höhe von ca. 100.000 € entstehen. Eine Konkretisierung der Baukosten erfolgt im Baubeschluss.

Mit der Maßnahme wird der Konsolidierungsvorschlag aus der Vorlage V/1065/2005 (Konsolidierungsblatt 112) umgesetzt. Die Folgekosten werden daher gegenüber den bisherigen Betreuungsangeboten reduziert.

Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Ausgaben Vermögenshaushalt				
Haush.- stelle	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkung
4605.940.1000.2	Bauk. Erweiterungsbau Feldstiegenkamp	2006	100.000 €	Außerplanmäßige Mittelbereitstellung
<u>Deckung:</u> Sperrung bei 4640.940.4050.2	Baukosten Kita Handorf- Dorbaum	2006	100.000 €	*)
Insgesamt:			100.000 €	

*) Die Reduzierung der Ausgabeposition der o.g. Hhst. um den Betrag von 100.000 € ist unschädlich für die Erstellung der Baumaßnahme „Kindertageseinrichtung im Baugebiet ‚Drei Eichen‘ (Handorf-Dorbaum)“. Die Ansatzreduzierung der Maßnahme ist möglich, da die Verhandlung über die maßnahmebedingte Erstellung der Einrichtung durch die Wohn + Stadtbau zu dieser Kostenreduzierung geführt hat.
Die Errichtungsbeschlussvorlage für die Gesamtmaßnahme „Drei Eichen“ in Handorf-Dorbaum (Kindertageseinrichtung und Einrichtung der Kinder- und Jugendarbeit unter einem Dach) ist zeitnah für die Sitzung nach den Sommerferien vorgesehen.

**Punkt 12 der Tagesordnung
V/0423/2006**
**Vergabe des Überbrückungsfonds 2006 im Bereich
der offenen und mobilen Kinder- und Jugendarbeit**

Frau Dr. Obst beantragte für die Fraktionen der CDU und der FDP, den Beschlussvorschlag der Vorlage wie folgt zu ändern:

„Sachentscheidung:

1. ...
2. Ab dem Jahr 2007 wird der Überbrückungsfonds der Intention gemäß wieder auf der Grundlage von Anträgen nach Einzelfallprüfung vergeben.

Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass 2006 Kosten in Höhe von 46.500 € und in den Folgejahren bis zum Jahr 2009 nach Einzelfallprüfung weitere Kosten in Höhe von max. 139.500 € entstehen.“

Der Vorsitzende stellte den von Frau Dr. Obst eingebrachten Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP zur Abstimmung. Er wurde bei 6 Gegen-Stimmen mit 8 Für-Stimmen angenommen. Anschließend beschloss der Ausschuss einstimmig bei 6 Enthaltungen:

„Sachentscheidung:

1. Die Mittel des Überbrückungsfonds 2006 in Höhe von 46.500 € werden wie in der Begründung aufgeführt an die Träger der offenen und mobilen Kinder- und Jugendarbeit verteilt.
2. Ab dem Jahr 2007 wird der Überbrückungsfonds der Intention gemäß wieder auf der Grundlage von Anträgen nach Einzelfallprüfung vergeben.

Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass 2006 Kosten in Höhe von 46.500 € und in den Folgejahren bis zum Jahr 2009 nach Einzelfallprüfung weitere Kosten in Höhe von max. 139.500 € entstehen.

Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Ausgaben				
Haush.- stelle	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkung
4601.718.0140.0	Überbrückungsfonds offene Kinder- und Jugendarbeit	2006	46.500	
4601.718.0140.0	Überbrückungsfonds offene Kinder- und Jugendarbeit	2007	46.500	
4601.718.0140.0	Überbrückungsfonds offene Kinder- und Jugendarbeit	2008	46.500	
4601.718.0140.0	Überbrückungsfonds offene Kinder- und Jugendarbeit	2009	46.500	
Insgesamt:			186.000	

Bezüglich der Haushaltsjahre 2007 - 2009 ergeht dieser Beschluss vorbehaltlich der jeweiligen Zustimmung des Rates zur dargestellten Veranschlagung.“

**Punkt 13 der Tagesordnung
V/0344/2006**

Geschäftsbericht 2005 des Sozialamtes

Der Ausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 14 der Tagesordnung
V/0256/2006**

**Bericht zur aktuellen Situation im Bereich
"Alleinstehende Wohnungslose und Familien in
Wohnungsnotsituationen"**

Nach der Beantwortung kurzer Fragen bestand Einvernehmen darüber, die Vorlage nur als eingebracht anzusehen. Auf Grund des Umfangs der zur Sitzung insgesamt vorgelegten Unterlagen solle sie in der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung gesetzt und dann beraten werden.

**Punkt 15 der Tagesordnung
V/0307/2006**

Arbeitsbericht des Gesundheitsamtes 2005

Der Ausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 16 der Tagesordnung

Verschiedenes

Frau Hakenes verwies auf die Niederschrift über die letzte Sitzung des Ausschusses und warf die Frage auf, ob es bei der dort geschilderten Situation in Albachten, wo eine Gruppe Jugendlicher in der Öffentlichkeit auffällig wurde, vertretbar sei, zunächst ein Grundsatzkonzept abzuwarten. Sie hielt kurzfristiges Handeln für erforderlich. Dazu erläuterte Frau Pohl, dass in diesem Bereich - wie in vergleichbaren Fällen zuvor auch - in Form von Soforthilfe die notwendigen Maßnahmen eingeleitet würden. Daneben sei es aber wichtig, ein Gesamtkonzept für diese Situationen zu entwickeln, um den Entwicklungen grundsätzlich entgegenzuwirken.

Ende der Sitzung: 19:25 Uhr

gez.

Josef Rickfelder
Vorsitz

gez.

Heinz Lembeck
Schriftführung